

Bürgerschaftliches Engagement und politische Partizipation

Mit Blick auf neuere engagement- wie auch demokratiepolitischen Diskussionen scheint es sinnvoll, den Zusammenhang von Engagement und Partizipation differenzierter auszuleuchten. Damit werden reduktionistische Vorstellungen von Engagement als vor allem kostengünstige Ressource ebenso kritisiert wie Konzepte der politischen Partizipation, die politische Entscheidungsprozesse auf den Moment des Entscheidungsvotums reduzieren. Die Reduktion von Engagement auf ein kostengünstiges Potential der Leistungserbringung führt nicht nur zu einer zunehmenden Grauzone zwischen Erwerbsarbeit und Engagement und einer wachsenden Monetarisierung des Engagements, sondern auch zu einer Ausblendung zentraler Motive eines eigensinnigen Engagements. Die Reduktion von politischer Partizipation auf den Moment der Abgabe der eigenen Stimme trennt den Prozess der Entscheidungsfindung von den vorgeschalteten Phasen der Meinungs- und Willensbildung und den sich hier abspielenden Erfahrungs- und Lernprozessen ebenso ab wie von der Phase der Entscheidungsumsetzung. Damit verbunden ist eine Verengung des demokratiepolitischen Horizonts auf die direkte Demokratie unter Ausblendung der Dimensionen der deliberativen, assoziativen und auch der kooperativen Demokratie.

In einem ersten Schritt gehe ich auf die Diskussionen über die politischen Dimensionen des bürgerschaftlichen Engagements ein. In einem zweiten Schritt möchte ich die Bezüge des Partizipationsprozesses zum Engagement eingehender beleuchten und damit von einer Verengung der demokratiepolitischen Diskussion auf Fragen der direkten Demokratie Abstand nehmen.

1. Bürgerschaftliches Engagement: nicht nur ein Sammelbegriff

Der Begriff des „bürgerschaftlichen Engagements“, den die Enquete-Kommission zur „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ vorgeschlagen hat, ist nicht nur ein Sammelbegriff, der die Vielfalt der Engagementformen (Ehrenamt, Selbsthilfe, freiwillige Tätigkeit...) im Überblick für eine zusammenhängende Analyse umfasst. In der Begriffsbestimmung wird dieses Engagement als ein Handeln verstanden, das in der Einstellung von Bürgerinnen und Bürgern erfolgt. Daher auch die Wortwahl „bürgerschaftlich“: Gemeint ist hier nicht das Engagement des Bürgertums, also das „bürgerliche“ Engagement der Mittelschichten, sondern das eigensinnige selbstgewählte Handeln selbstbewusster Bürgerinnen und Bürger. Der Begriff des „bürgerschaftlichen Engagement“ ist hier von vorne herein auf den Zusammenhang von praktischer Zeitspende und einer auf das politische Gemeinwesen orientierten Einstellung orientiert. Neben der Freiwilligkeit, der kooperativen

Umsetzungs- und Erbringungsweise und der Abwesenheit von materieller Gewinnorientierung des Engagements gehören dessen „*Gemeinwohlorientierung*“ und seine Orientierung an der Arena des *öffentlichen Raums* zu seinen Definitionsmerkmalen (Enquete-Kommission 2002: 86). Das „bürgerschaftliche“ am Engagement ist gerade in diesen beiden letztgenannten Definitionskriterien grundgelegt und lässt sich plastisch in dem empirisch vorgefundenen Motiv der Mehrzahl der Engagierten übersetzen, durch ihr Engagement die Gesellschaft zumindest im Kleinen mitgestalten zu wollen (BMFSFJ 2009: 12).

Das Motiv der Mitgestaltung der Gesellschaft ist aus Sicht eines instrumentellen Verständnisses des Politischen, das sich auf die Beeinflussung von Entscheidungen des politischen Systems konzentriert (Behringer 2014: 5), freilich nur dem vorpolitischen Raum zuzurechnen. Politik ist in diesem Verständnis auf das politische System und seine Institutionen in Staat und Kommunen beschränkt. Doch vernachlässigt ein solches Verständnis die komplexen Formen des Politischen in der Zivilgesellschaft, die dem politischen System ständig Motive und Aufgaben zuführen. Ein solches Verständnis des Politischen wird daher dem Umstand nicht gerecht, dass sich in den öffentlichen Arenen des Politischen politische Beteiligung und Formen des freiwilligen Engagements in vielfältiger Weise in „Projekten“ und „Subpolitiken“ verknüpfen (Evers 2014: 4ff.) und sich die Dimension des Politischen nicht einfach auf „das politische System“ eingrenzen lässt.

Das Begriffsverständnis von bürgerschaftlichem Engagement ist hier eng mit dem Diskurs der Zivilgesellschaft (Klein 2001) verbunden. Erforderlich ist daher zum einen ein genauer Blick auf den intermediären Raum der Assoziationen und der Öffentlichkeit, die Politik und Gesellschaft in vielfacher Weise verbinden. Zum anderen aber auch der genauere Blick auf das Engagement der Bürgerinnen und Bürger, mit dem diese die Angelegenheiten der Gesellschaft auch jenseits des „Mitredens“ (Evers 2014) im Engagement ganz praktisch, im Modus der Selbstorganisation in der Zivilgesellschaft, gestalten. Hier, dies macht eine Erweiterung des Begriffsverständnisses von „bürgerschaftlichem Engagement“ um den Bezug auf die „Erzeugung öffentlicher Güter“ deutlich, geht es „nicht primär darum, dass sich Bürger dauerhaft politisch betätigen, sondern darum, ob die Bürger fähig sind, immer wieder auch Interessen zu verfolgen, die über ihre unmittelbaren Eigeninteressen hinausgehen und den Angehörigen anderer Gemeinschaften sowie dem übergeordneten Gemeinwohl nützen“. Engagement ist als praktisches Tun nach diesem Verständnis auch eine Aktivität „zur Erzeugung und Vermehrung öffentlicher Güter“ (Olk/ Hartnuß 2011: 158) in der Wohlfahrtsgesellschaft (Evers 2014). Der oft zitierte „Eigensinn“ des Engagements liegt genau an dieser Schnittstelle des praktischen Tuns mit einem auf die Gesellschaft (vor allem im sozialen Nahraum) bezogenen Gestaltungsmotiv, der sich selbst in scheinbar politikfernen Formen des sozialen Engagements noch im Anspruch auf die „Selbstwirksamkeit“ des eigenen Tuns ausdrückt.

Der Freiwilligensurvey weist „Politik und Interessenvertretung“ als einen eigenen Engagementbereich aus, der gerade einmal eine Größe von 2,7 % der Engagierten umfasst (BMFSFJ 2009: 7). Diese Bereichsaufteilung des Engagements beruht auf einem Verständnis von Politik, das sich explizit auf den Bereich des Staates und der sich an ihn wendenden Interessenorganisationen beschränkt. In einem solchen Verständnis ist es in der Tat ein weiter Weg von diesem explizit

politischen Engagement bis hin zu den Tätigkeiten in verschiedenen Engagementfeldern, in denen sich die erwähnten Gestaltungsmotive des bürgerschaftlichen Engagements mit ihren (mikro-) politischen Dimensionen ebenfalls finden lassen. An dieser Stelle ignoriert die empirische Erhebung den „Eigensinn“ des bürgerschaftlichen Engagements und kommt damit zu marginalen Zahlen eines „politischen“ bürgerschaftlichen Engagements, die die – ebenfalls im Freiwilligensurvey erhobenen – mikropolitischen Engagementmotive völlig ausblenden.

Für die Demokratiepädagogik, so Doyen Wolfgang Edelstein, ist es von zentraler Bedeutung, dass Demokratie nicht nur als Sachverhalt, sondern auch als Wert verstanden wird. „Wir müssen junge Menschen durch das Angebot einer demokratisch strukturierten Erfahrungswelt zu Demokraten erziehen.“ (Edelstein 2012: 40) Für die Demokratiepädagogik sind daher „Anerkennung, Überzeugung eigener Wirksamkeit und Verantwortungsbereitschaft grundlegende Dispositionen des sozialen Handelns und Tugenden des zivilgesellschaftlichen Engagements, das der Demokratie als Lebensform ihre Kraft und ihren Bestand sichert.“(ebenda). Neben der Erfahrungsorientierung trägt auch die Handlungsorientierung des Engagements zum politischen Lernen („civic education“ in einem erweiterten Sinne) bei. Der Ernstcharakter der Lernsituation, die Freiwilligkeit seiner Wahl, die projektspezifische Mobilisierung mit der Möglichkeit exemplarischen Lernens und die Offenheit des Handlungsrepertoires und der Lernhorizonte gehören zu den Faktoren, die das politische Lernen im Engagement ermöglichen (Klein 2013). Politische Lernerfahrungen im Engagement umfassen in kognitiver Hinsicht etwa das Wissen um die Probleme einzelner Politikfelder und deren inhaltliche Verschränkungen sowie die Kenntnisse über Sachverhalte, Interessen und Machtkonstellationen im Gefolge sozialer Konflikte und politischer Auseinandersetzungen sowie das Know-how über Formen und Wege der Einflussnahme im Umgang mit Öffentlichkeit, Kommune und Staat. Doch es finden im Engagement auch Prozesse der Vergemeinschaftung, der Zielbestimmung und Problemdeutung statt, die auf die zentrale Bedeutung moralischer und affektiver Lernprozesse verweisen.

Das Verständnis des Politischen löst sich hier also aus den Begrenzungen eines institutionalistisch verengten Politikbegriffs und wird um die Konnotationen zivilgesellschaftlicher Politik erweitert. In der Perspektive eines derart erweiterten Politikverständnisses zeigt sich übrigens mit Blick auf die Diskussionen zur „Politikverdrossenheit“ „eine erstaunliche Bereitschaft Jugendlicher, sich dort zu engagieren, wo dies als sinnvoll empfunden wird, wo sich Kontakte ergeben, wo sie ihr Engagement nach eigenen Bedingungen gestalten können“ (Grammes 1999: 101). Für das Begriffsverständnis von „bürgerschaftlichem Engagement“ wird damit deutlich, dass es hier, wie auch von der Enquete-Kommission so intendiert, nicht bloß um einen Sammelbegriff für die Vielfalt empirischer Engagementformen handelt, sondern um einen Begriff, der die politischen Dimensionen mit dem Handeln durch Engagement verbindet. Das hat wie gesehen erhebliche Konsequenzen für den Politikbegriff, aber auch, wie jetzt in einem zweiten Schritt gezeigt werden soll, für das Verständnis der „Partizipation“ von Bürgerinnen und Bürgern.

2. Partizipation und Engagement: Plädoyer für ein differenziertes Begriffsverständnis

Während zuvor der Versuch gemacht wurde, die dem Begriff des „bürgerschaftlichen Engagements“ zugehörige politische Bedeutungsdimension zu erläutern, soll nunmehr in einer komplementären Denkbewegung der Engagementbezug im Begriffsverständnis von Partizipation im Zentrum stehen. In der politikwissenschaftlichen Erläuterung, das haben wir schon weiter oben gesehen, wird in Anlehnung an Max Weber Politik als der Versuch verstanden, auf politische Entscheidungen Einfluss zu nehmen. Entsprechend wird Partizipation als Handlung verstanden, mittels derer Bürgerinnen und Bürger das politische System auf verschiedenen Ebenen beeinflussen möchten (Kaase 1995; dazu kritisch: Behringer 2014). Offensichtlich legt ein solches definatorisches Grundverständnis von Politik nahe, ausschließlich den Entscheidungsakt selber als politische Handlung aufzufassen. Dies hat übrigens in der demokratiepolitischen Diskussion dazu geführt, dass die direkte Demokratie im Zentrum der Diskussionen steht.

Ich möchte demgegenüber die Engagementbezüge der Partizipation herausstellen. Dies kann ich dann besser demonstrieren, wenn Partizipation als ein Prozess verstanden wird, der sich aus Phasen der Meinungs- und Willensbildung, der Entscheidungsfindung und der Umsetzung von Entscheidungen zusammensetzt. Derart differenziert ermöglicht der Blick auf Partizipation als Prozess die Identifizierung von starken Einflüssen des Engagements auf Partizipation und erweitert damit auch die Agenda der demokratiepolitischen Diskussion.

In der *Phase der Meinungs- und Willensbildung* spielen *deliberative und assoziative Formen der Beteiligung* eine zentrale Rolle. Mit Blick auf die Bedeutung von Engagement ist hier zu berücksichtigen, dass durch die Erfahrungsbezüge des bürgerschaftlichen Engagements ein mehr oder weniger intensives politisches Lernen erfolgt, das aus dem praktischen Mitleiden des Engagements zu Momenten oder auch intensiveren Handlungssequenzen des Mitleidens führt. Im Engagement können Probleme als politische Probleme identifiziert und auch Adressaten der Problemlösung auf den Ebenen des politischen Systems identifiziert werden. So wäre etwa ein auf den eigenen Stadtteil und seine Probleme bezogenes Engagement auf dem Wege von Änderungen mit politischer Entscheidungsrelevanz an die kommunale Politik verwiesen. Und wer in sozialen Einrichtungen ein würdiges Sterben anstrebt, wie dies die Hospizbewegung tut, wird im engen Zusammenhang mit dem vor allem helfenden Engagement dann durchaus auf die Wege und Institutionen der Gesundheits- und Pflegepolitik verwiesen, in denen eine energische Partizipation schließlich zu gesetzlichen Rahmenbedingungen für ein Sterben in Würde geführt hat. Dieser Zusammenhang sollte übrigens – in der Vielfalt seine praktischen Übersetzungen in unterschiedlichen Tätigkeitsspektren – auch im Zentrum der politischen Bildung bei den Freiwilligendiensten als zivilgesellschaftlichen Lerndiensten stehen: Das Interesse an den politischen Akteuren und Institutionen entsteht aus den praktischen Erfahrungs- und Handlungszusammenhängen eines bürgerschaftlichen Engagements, das bei Bedarf an politischen Problemlösungen entsprechende politische Problemhinsichten generiert.

In der Diskussion über Bürgerbeteiligung schließt an diesen Problemzugang ein breites Spektrum an deliberativen Beteiligungsformaten des „Mitleidens“ an, die mit einer „Politik des Gehörtwerdens“ (Kretschmann 2014) korrespondieren. Über das breite Spektrum des bürgerschaftlichen Engagements werden – etwa durch Protest – Anliegen auch dann zu Gehör gebracht, wenn eine

Politik des Gehörtwerdens versagt, oder aber mittels geeigneter Formate und Plattformen Prozesse des Agenda Setting in Gang gebracht, die den Rahmen künftiger Entscheidungsprozesse definieren.

In den Phasen der Meinungs- und Willensbildung werden also die Erfahrungsbezüge des Engagements für Problemhinsichten und Entscheidungsgagenden fruchtbar gemacht. Dabei kommt es auf die *Wahl geeigneter deliberativer Formate* an, um etwa auch beteiligungsferne Gruppen der Bevölkerung in Entscheidungsprozesse einbeziehen zu können. Entscheidende Voraussetzung für den Erfolg solcher Formate haben Elemente, die die Selbstwirksamkeit von Engagement und Beteiligung bei Problemlösungen sichtbar und nachvollziehbar machen, etwa eigene Stadtteilbudgets. Die Entwicklung derartiger „aufsuchender Formate“ der Engagementförderung ist daher ein gemeinsames Anliegen der Engagement- und Demokratiep politik und es sollte auch von den Infrastruktureinrichtungen der Engagementförderung, so sie denn nachhaltige Ausstattungen haben, als Teil der eigenen Agenda verstanden werden.

In der Phase der Meinungs- und Willensbildung angesiedelt sind übrigens auch die Formate der *„assoziativen Demokratie“* (Klein/ Olk 2014). Diese zielen auf die Förderung unterrepräsentierter Interessen ebenso wie auf nicht-partikuläre Formen der Interessenartikulation und die Sachkompetenz der Assoziationen. Eine Stärkung der Assoziationen der Zivilgesellschaft in diesem Sinne setzt zum einen das Selbstverständnis von Interessengruppen einem Lernprozess im Horizont des politischen Gemeinsinns aus. In Übernahme des schon von Tocqueville her bekannten und in der neueren republikanischen Demokratietheorie immer wieder angeführten Argumentes der Assoziationen als „Schule der Demokratie“ rückt hier der Blick auf ein für Lernprozesse offenes Selbstverständnis zivilgesellschaftlicher Assoziationen ebenso ins Zentrum wie die soziale Basis der Solidarität und einer für egalitäre Politik aufgeschlossenen politische Kultur. Die Ausbildung neuer Solidaritäten ist angesichts der Erosion organischer Solidaritäten und der Auflösung von Traditionsbeständen sogar ein primäres Ziel assoziativer Demokratie. Diese neuen Solidaritäten haben zudem den Vorteil, als „dünne“ Solidaritäten Gemeinsamkeiten zwischen Menschen verschiedener Identität, Weltsicht und Moralvorstellungen zu stiften, die die Ausbildung gemeinsamer Blickwinkel im Sinne der Werte fairer Kooperation unter Gleichen fördern. Über eine assoziative Demokratie ist die Beteiligung der Bürger nicht auf den demokratischen Wahlakt der repräsentativ-demokratischen Institutionen begrenzt. Die Bürger werden über ihre Vereinigungen an der Politik kontinuierlich beteiligt. Auch das BBE ist eine solche Plattform der assoziativen Demokratie, in der dichter Erfahrungsaustausch und gemeinsame Beratungen die Präferenzen und Interessen der beteiligten Organisationen für eine gute Engagement- und Demokratiep politik entwickeln und gemeinsame Anliegen deutlich gemacht werden können (Klein/Olk 2014).

Es sind also dichte Bezüge des bürgerschaftlichen Engagements in den Phasen der Partizipation als Meinungs- und Willensbildung zu verzeichnen. Die neueren Debatten über die ermöglichenden Funktionen der Social Media, die eigenen Problemhinsichten politischen Diskursen zuzuführen, haben hier sowohl förderliche als auch hinderliche Aspekte deutlich gemacht (Forschungsjournals Soziale Bewegungen 2014). Hier wird es in Zukunft vor allem darauf ankommen, die Schnittstellen zwischen der offline-Welt praktischer Engagementerfahrungen und der online-Welt der Social Media

offener zu machen auch für engagement- und partizipationsferne Gruppen. Deutlich wird hier aber auch, dass Themen wie das Recht der „Informationsfreiheit“ (Einsichtsrechte gegenüber Verwaltungen), der Schutz von „Whistleblowern“ oder die Absicherung basaler Medien der Öffentlichkeit gemeinsame Anliegen der Engagement- und Demokratiepoltik sind.

Die *Phase der Entscheidungsfindung* ist nicht mehr alleine durch die Institutionen und Akteure der repräsentativen Demokratie geprägt, sondern es sind ergänzend *Akteure und Formate der „direkten Demokratie“* hinzugekommen. Zuweilen werden die Formate der direkten Demokratie vorschnell herangezogen und gefährden dann die in der Bürgerbeteiligung erfolgenden Lernprozesse der Meinungs- und Willensbildung durch eine dieser Lernprozesse abbrechende ja/nein-Entscheidung vor allem in der lokalen Demokratie (Hummel 2014). Doch die direkte Demokratie hat den unbestrittenen Vorzug, Mehrheiten für ein Anliegen sichtbar zu machen und einen entsprechenden Handlungsbedarf der repräsentativen Demokratie sichtbar zu machen und auch auf die politische Tagesordnung zu setzen. In Deutschland haben sich direktdemokratische Verfahren mittlerweile auf der Ebene der Kommunen und Länder weithin durchgesetzt. Auf der Ebene der Bundespolitik stehen sie freilich noch aus. Die direkte Demokratie auf Bundesebene würde durch die Regeln des Grundgesetzes auf solche Fragen und Themen eingegrenzt, die sich nicht gegen die Grundrechte wenden (etwa wäre eine Volksentscheidung zur Todesstrafe hierzulande aus diesem Grund nicht möglich).

In der *Phase der Umsetzung von Entscheidungen* kommt das bürgerschaftliche Engagement dann wieder in starkem Maße in den Formaten der *„kooperativen Demokratie“* ins Spiel (Ross 2012). Genau hierauf zielt eine definitorische Erweiterung des Begriffsverständnisses von bürgerschaftlichem Engagement auf die „öffentlichen Güter“ (Olk/Hartnuß 2011; zur Debatte um die Commons siehe Helferich 2012). Die Idee der durch Koproduktionen von Zivilgesellschaft, Staat und Wirtschaft als „Welfare Mix“ im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge ermöglichten Wohlfahrtsgesellschaft rückt ab von einer etatistischen Fixierung und schließt an die Idee der Subsidiarität in der sozialen Leistungserbringung an. Es ist hier nicht der Ort, um die mit dieser Entwicklung eng verbundenen Probleme eines instrumentellen Zugriffs auf Engagement als „Ressource“ und einer „Monetarisierung“ des Engagements zu erörtern. Doch auch wenn diese Probleme gelöst werden, bleibt aus einer demokratietheoretischen Sicht der Bedarf einer demokratischen Gestaltung dieses „Welfare Mix“ über Plattformen auf den Ebenen der Politik, in denen der ressourcenmix unter Anerkennung auch eines eigensinnigen Engagements gestaltet wird (Klein/ Embacher 2013).

Die Debatte um Dorfläden, Bürgerbusse, Bürgerbahnen oder auch das Engagement in der Pflege reißt nicht ab. Sie macht zum einen die Risiken einer überzogenen Marktorientierung für eine Instrumentalisierung des Engagements deutlich, zum anderen aber auch die Chancen dieser neuen Kooperationen, die den Blick auf das Verhältnis von Wirtschaft und Zivilgesellschaft schärfen und entwickeln werden. Aus engagement- wie auch demokratiepolitischer Sicht ist eine Rahmgebung der Koproduktion, die den Anforderungen der „kooperativen Demokratie“ gerecht wird, erforderlich.

3. Bürgerschaftliches Engagement, Zivilgesellschaft und aktive Demokratie

Der kurze Durchgang des Begriffsverständnisses von bürgerschaftlichem Engagement wie auch von Partizipation macht deutlich: Bürgerschaftliches Engagement hat eine politische Dimension, die wir nur erkennen, wenn wir mit einem erweiterten Begriffsverständnis des politischen Raumes operieren und wenn wir Partizipation als einen Prozess differenzieren, in dem das Engagement in den Phasen der Meinungs- und Willensbildung wie auch der Entscheidungsumsetzung zentrale Funktionen einnimmt. Die demokratiepolitische Agenda (Roth 2011) ist vor diesem Hintergrund auszuweiten. Die deliberativen, assoziativen und kooperativen Formate der Beteiligung sind neben den Formaten der direkten Demokratie als Gegenstand der engagement- wie demokratiepolitischen Diskussion und Gestaltung damit in den Vordergrund gerückt.

Der Hinweis von Kritikern auf die soziale Selektivität des bürgerschaftlichen Engagements wie auch der politischen Partizipation weist oftmals im gleichen Atemzug auf die nicht zu überbietende Inklusivität der repräsentativen Demokratie hin. Demokratiepolitische Ergänzungen der repräsentativen Demokratie, so die Kritiker; würden am Ende immer den stimmungswichtigen Mittelschichten eine weitere Bühne zur Verfügung stellen. Auch wenn eine solche Kritik nicht vorschnell abgetan werden sollte, irritiert sie doch angesichts der dramatisch zunehmenden Wahlenthaltungen und einer wachsenden Gruppe von Protestwählern. Schauen wir auf die europäische Ebene der Politik, so ist dort ein Machtzuwachs des Parlaments gerade erst zu verzeichnen, der ergänzt wird durch Formate der deliberativen Bürgerbeteiligung.

Der hier verfolgte Weg, die politischen Dimensionen des bürgerschaftlichen Engagements herauszuarbeiten, weist den Vorteil auf, neue Wege der Beteiligung und des Einbezugs in Entscheidungsprozesse sichtbar zu machen, die mit engagement- wie demokratiepolitischen Maßnahmen eröffnet, gestaltet und etabliert werden können. Dazu gehören aber auch „aufsuchende Formate“ der Engagement- und Partizipationsförderung, die den Inklusionsgrad der neuen Beteiligungswege steigern und auch die politischen Lernprozesse im Engagement stärken können. Hier liegen zahlreiche echte Herausforderungen auch für die politische Bildung in kommunalen Bildungslandschaften.

Bürgerschaftliches Engagement und erweiterte Wege der politischen Beteiligung können der repräsentativen Demokratie einen Wärmestrom der Demokratisierung zuführen. Dies ist übrigens auch der Hintergrund der Forderung des BBE, dass der Deutsche Bundestag eine Enquete-Kommission zu dem gesamten Fragespektrum der Demokratiepolitik einsetzen möge.

Literatur

Behringer, Jeannette 2014: Das politische Potential freiwilligen Engagements, Papier für die AG „Zivilgesellschaftsforschung“ des BBE am 14.11.2014, Berlin

BMFSFJ (Hg.) 2009: Freiwilligensurvey 2009: Hauptbericht des Freiwilligensurveys 2009. Zivilgesellschaft, soziales Kapital und freiwilliges Engagement in Deutschland 1999-2004-2009.

Edelstein, Wolfgang (2012): Demokratie als Praxis und Demokratie als Wert, in: Beutel, Wolfgang/ Fauser, Peter/ Rademacher, Helmholt (Hg.): Jahrbuch Demokratiepädagogik 2012: Schwalbach/Ts.. 39-51; Wochenschau Verlag

Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ 2002: Bericht Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft, Opladen: Leske+Budrich

Forschungsjournal Soziale Bewegungen 2013: Themenheft „Social Media. Motor einer neuen Bewegungs- und Partizipationskultur“, Jg. 26, Heft 2, Juni 2014

Evers, Adalbert 2014: Freiwilliges Engagement und politische Partizipation. Auf der Suche nach Verbindungen, Papier für die AG „Zivilgesellschaftsforschung“ des BBE am 14.11.2014, Berlin

Grammes, Tilman (1999): Handlungsorientierung, in: Richter, Dagmar/ Weißeno, Georg (Hg.) (1999): Lexikon der politischen Bildung, Bd. 1: Didaktik und Schule, Schwalbach/Ts.: 99-101, Wochenschau Verlag

Helferich, Silke/ Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.) 2012: Commons. Für eine neue Politik jenseits von Staat und Markt, Bielefeld: transcript

Hummel, Konrad 2014: Bürgerbeteiligung als kritische Weichenstellung für die lokale Demokratie, in: Forschungsjournal Soziale Bewegungen, online http://www.forschungsjournal.de/sites/default/files/FJSB-Plus/fjsb-plus_2014-1_hummel.pdf

Kaase, Max 1995: Partizipation, in: Nohlen, Dieter (Hg.): Wörterbuch Staat und Politik, Bonn: 521-527

Klein; Ansgar 2001: Der Diskurs der Zivilgesellschaft, Opladen 2001, Leske+Budrich

Klein, Ansgar 2011. Zivilgesellschaft/Bürgergesellschaft, in: Olk, Thomas/ Hartnuß, Birger (Hg.): Handbuch Bürgerschaftliches Engagement: Weinheim und Basel, 29-40, Beltz Juventa

Klein 2012: Politischen Bildung, in: Birger Hartnuß/ Reinhild Hugenroth/ Thomas Kegel (Hg.): Schule der Bürgergesellschaft, Schwalbach: 113-123, Wochenschau Verlag

Klein, Ansgar/ Embacher, Serge 2013: Der schwarz-rote Koalitionsvertrag aus engagementpolitischer Sicht, in: BBEnewsletter 25/2013

Klein, Ansgar/ Olk, Thomas 2014: Transsektorale Vernetzung und assoziative Demokratie. Erfahrungen des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement, in: Annette E. Zimmer/ Ruth Simsa (Hg.) Forschung zu Zivilgesellschaft, NPOs und Engagement, Wiesbaden: 431-448, Springer VS

Kretschmann, Winfried 2014: Auf dem Weg zu mehr Bürgerbeteiligung und direkter Demokratie für Baden-Württemberg. Regierungserklärung durch Herrn Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann Mdl, Stuttgart

Olk, Thomas/ Klein, Ansgar/ Hartnuß, Birger 2010: Engagementpolitik. Die Entwicklung der Zivilgesellschaft als politische Aufgabe, Wiesbaden: VS

Olk, Thomas/ Hartnuß, Birger 2011: Bürgerschaftliches Engagement, in: dies. (Hg.) 2001: Handbuch Bürgerschaftliches Engagement:, Weinheim und Basel, 145-161, Beltz Juventa

Ross, Paul-Stefan 2012: Demokratie weiter denken. Reflexionen zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements in der Bürgerkommune, Nomos: Baden-Baden

Roth, Roland 2011: Bürgermacht. Eine Streitschrift für mehr Partizipation, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung

Autor:

PD Dr. Ansgar Klein ist Privatdozent an der Humboldt-Universität zu Berlin für Politikwissenschaft und Geschäftsführer des BBE.

Kontakt: ansgar.klein@b-b-e.de

Redaktion:

BBE-Newsletter für Engagement und Partizipation in Deutschland

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

- Geschäftsstelle -

Michaelkirchstr. 17-18

10179 Berlin-Mitte

+49 (0) 30 6 29 80-11 5

[newsletter\(at\)b-b-e.de](mailto:newsletter(at)b-b-e.de)

www.b-b-e.de